

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

7.11.1873 (No. 259)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 259.

Erscheint täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 68 kr. vierteljährlich.

Freitag, 7. November

Abonnementsgebühr:
die gespaltene Zeile über deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Zur Lage

in Preußen enthält die „Königliche Volkszeitung“ folgenden Leitartikel, den wir seiner vielfachen Ähnlichkeit mit badischen Verhältnissen wegen in unserem Blatte zum Ausdruck bringen. Derselbe lautet:

Das Resultat der am 28. October stattgehabten Wahlen zum Abgeordnetenhaus läßt sich bereits hinreichend übersehen, um einige Betrachtungen allgemeiner Natur zu ermöglichen.

Der Charakter dieser Wahlen war in den katholischen Landestheilen aller Dingen derselbe: das Volk, der unabhängige Arbeiter und Mittelstand in Stadt und Land hat sich mit vollster Schärfe gegen die Herrschaft des kirchenpolitischen Liberalismus ausgesprochen, und, den Erwartungen entsprechend, ein förmliches und feierliches Plebiszit für die Kirche, ihre Freiheit und Selbstständigkeit abgegeben.

Es liegt in der Natur der Drei-Klassen-Wahl, daß dieses Pronunciamento einen um so entschiedeneren Charakter angenommen hat. Alle die Hebel, welche dieses Wahlsystem der jeweiligen herrschenden Partei bietet, wurden mit der äußersten Rücksichtslosigkeit angefaßt. Vor der Wahl unserer Candidaten ist in officiösen Drohnoten gewarnt und gegen die Partei, zu der wir uns mit Stolz bekennen, von der servilen Presse aller Schattirungen der Haß der urtheilslosen Menge aufgerufen worden. Wir haben ein Schauspiel erlebt, das bei keinem civilisirten Volke unserer Zeit seines Gleichen an Unwürdigkeit gefunden. Tagtäglich lesen wir von den Parteikämpfen in andern Ländern; in Frankreich, in Belgien, in England sehen sich die Parteien mit äußerster Schroffheit gegenüber, aber haben wir je gesehen, daß in diesen Ländern die eine Partei die andere des Vaterlandsverrats, des Viebhügelns mit dem Auslande beschuldigt hat? Bei uns ist es geschehen. In Flugblättern und Zeitungsartikeln, im Westen wie im Osten ist die Parole ausgegeben worden: Wer im Sinne des Centrums wählt, begeht Verrath am Vaterlande; die Deutschland, die Wälschthum, die Kaiser, die Papp!

Und die Antwort? Mit erdrückenden Majoritäten sind die Candidaten eben jener Centrumpartei gewählt worden, und zwar in öffentlicher Wahl gegenüber dem Landrath und dem Bürgermeister, die in ihrer Person ein Vertrauensvotum für die Regierung verlangten. Wir haben Orte in der Rheinprovinz, wo der Landrath gegen den schlichten Handwerksmann durchgefallen ist, wo der Bürgermeister nicht eine Stimme seiner Gemeinde-Eingewohnten erhalten hat. Es soll uns Niemand nachsagen, daß wir die Autorität der Behörde nicht hoch hielten — aber hier stand Princip gegen Person, hier erschien der Beamte im Dienste eines politischen Systems, und die Principien stehen über den Personen.

Wir haben jetzt das Resultat der am 28. stattgehabten Wahl in seiner ganzen Bedeutung auch an maßgebender Stelle zur Geltung zu bringen. Die Feststellung einer Wahlstatistik mit allen charakteristischen Eigentümlichkeiten des Pronunciamento's vom 28. October wird der erste Schritt sein müssen und dabei auch das Moment nicht außer Augen zu lassen sein, unter welcher colossaler Betheligung in den katholischen Landestheilen die Wahlen vollzogen wurden, während in den Domänen des Liberalismus ein ganz unverhältnißmäßig geringer Procentsatz der Bevölkerung von seinem Wahlrechte Gebrauch gemacht hat. Auch das gehört zur Signatur des 28. October.

In welcher Weise alsdann die durch die Wahl eingeleitete Action zu verfolgen sein wird, darüber werden zunächst unsere parlamentarischen Führer zu befinden haben, denen hier die Initiative zusteht. Dieselben dürfen sich überzeugt halten, daß ihnen die nachdrücklichste Unterstützung ihrer Wähler nicht fehlen wird.

Inzwischen treten neue Aufgaben an uns heran. Wir haben insbesondere der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden und das geringe Maß von Selbstverwal-

tung, dessen dieselben genießen, mehr wie bisher für uns nutzbar zu machen. Vor allem gilt es die Wahl unabhängiger Männer — unabhängig nicht nur durch Gesinnung, sondern auch durch Lebensstellung, die etwaigen Placereien und Chicanen unerreichbar sind und die Ueberzeugung und Willensmeinung der Gemeindeglieder mit ruhiger Entschiedenheit bei jedem Anlasse auch nach oben hin zum Ausdruck bringen.

Wir haben uns ferner mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß vielleicht bald ein großer Theil unserer Geistlichen auf die Ehrengaben ihrer Gemeinden angewiesen sein werden. Mit Stolz dürfen wir auf unsern Clerus blicken. In der Aera der Charakterlosigkeit und der künstlichen Gesinnung geben unsere Geistlichen, hoch wie niedrig, ein schönes Beispiel deutscher Treue. An uns wird es sein, sie vor Mangel und Entbehrung zu schützen, damit sie nicht vor die bittere Wahl zwischen Renegatenthum und Noth des Lebens gestellt werden. Es sind wenig Millionäre unter uns, aber wenn die Katholiken der Rheinprovinz dem von Miniatur-Despoten malträdirten Schweizer Clerus Tausende senden konnten, so darf gewiß ihr eigener Clerus auf sie rechnen.

Keiner von uns weiß, wie lange die gegenwärtige Krisis dauern wird, aber es sind viele Gründe, die uns mit Zuversicht über den endlichen Ausgang erfüllen dürfen. Gewiß, die Verheißung Christi gehört nur der ganzen Kirche, nicht dem einzelnen Hirten, nicht dem Zweige eines einzelnen Landes. Aber die Geschichte weiß nicht zu berichten, daß in irgend einem Lande die Kirche ohne eigene Schuld zu Grunde gegangen sei; sie weiß vor allem nicht zu berichten, daß sie dort Schaden gelitten, wo ihre Priester fest geblichen sind.

Das lehrt uns am eindringlichsten Irland. Jahrhundert hindurch ist dort ein armes Volk um seines Glaubens Willen geknechtet worden von einer erdrückenden Uebermacht, bis wahrhaft große Staatsmänner ihr die Freiheit wiedergaben, um die es so heldenmüthig gerungen hat. Und die Kirche ist in Irland nicht gestorben; sie lebt bis auf den heutigen Tag, und die Liebe zu ihr glüht warm in jeder irischen Brust; sie ist gewandert über's Meer und hat dort dem Katholicismus neue Stätten gegründet.

Wir sind keine Irländer und werden es ohne unsere Schuld nie werden. Unser Bekenntniß ist das von acht Millionen preussischer Staatsbürger, das Bekenntniß auch dieser schönen, reichen, freigesinnten Provinz, der man bei ihrer Vereinigung mit der Krone Preußens das feierliche Versprechen gab, ihren Glauben zu achten und zu schützen. Eine lange Reihe von Jahren haben wir uns des Friedens unter weisem Regiment erfreut; wir verlangen nur, daß man uns auch ferner so leben lasse — nach unserer Façon. Will man es nicht, so werden wir, wir hoffen es zu Gott, auch für unsere höchsten Güter einzustehen wissen — wie Windthorst sagt: nie angreifend, immer vertheidigend, aber mit Energie vertheidigend.

Viel Beruhigendes hat ein Blick auf unsere Gegner. Sie sind stark nur durch ihre Kopfhöhe, einzig nur gegen uns. Wie lange wird der Leim halten, der die verschiedenen Elemente dieser sogenannten großen liberalen Gesamtpartei verbindet? Die National-Liberalen hassen den Fortschritt, der Fortschritt verachtet den National-Servilismus. Und man kann doch das Land nicht ewig nicht mit den Kirchengesetzten füttern, sich ewig nicht damit beschäftigen mißliebige Bürger zu expatriiren. Es werden Budgetfragen, Militärfragen, Steuerfragen zur Berathung kommen und dann muß es sich zeigen, was die Fortschrittspartei von ihrem Programme dem leitenden Staatsmanne gegenüber noch aufrecht zu erhalten den Muth hat. Auch sie wird sich bald vor die Alternative gestellt sehen: auf jede selbstständige Regung zu verzichten, oder zu den „Staatsfeinden“ geworfen zu werden.

Die ganze Krisis spitzt sich überhaupt mehr und mehr zu einer Personenfrage zu und auch das ist

ein tröstliches Moment. Das ganze gegenwärtige kirchenpolitische System steht und fällt mit dem gegenwärtigen leitenden Minister. Ohne ihn sind die National-Liberalen nichts; sie leben von seiner Gnade, und wenn er seine Hand von ihnen abzieht, so werden sie als politische Partei eben so vom Schauplatz verschwinden, wie die conservative Partei, die auch allzu lange die Principien den Personen untergeordnet hat und von der kaum noch die Spur übrig geblieben ist, nachdem der leitende Staatsmann sie hat fallen lassen.

In dieser Klippe werden wir nicht scheitern. Wir leben nicht von der Gnade eines Ministers und sterben an seiner Ungnade nicht. Die Grundsätze, die wir vertheidigen, vielleicht matt und ungeschickt und unwürdig vertheidigen, haben manchen Mächtigen des Tages überlebt, sie sind unbefleglich wie das Christenthum selber, und wenn es uns, dem lebenden Geschlechte, nicht vergönnt sein sollte, ihren Triumph im öffentlichen Leben zu schauen — für sie zu kämpfen ist Gewinn genug.

Deutschland.

* Karlsruhe, 4. Nov. Nach einem Referat der Bad. Landeszeitung beschäftigte sich die gestrige Katholikenversammlung im Weißen Bären hiesiger Stadt mit der „Kaiseradresse“ und Vereinsangelegenheiten. Das Wichtigste in Betreff der letzteren dürfte sein, daß in den ersten Tagen des Decembers Prof. Friedrich von München hier Predigt und Amt halten soll, weil da die Kammern beisammen sind und dadurch den Abgeordneten Gelegenheit gegeben werden soll, auch einmal wieder einem Gottesdienste beizuwohnen. Wir dürfen uns der Hoffnung hingeben, daß die Kammer ihrer frommen Rehrheit nach — die gottlosen Schwarzen werden natürlich wieder nicht mitthun — dem Herrn Friedrich für diese zarte Aufmerksamkeit und Gewissenssahnung, die eine Generalbeichte der „altkatholischen“ Mitglieder derselben zur möglichen Folge haben könnte, ihren wärmsten Dank votiren wird. Schließlich erfahren wir, daß außer für Heidelberg nun auch für Pforzheim und Freiburg ständige „altkatholische“ Pastoren „gewonnen“ sein sollen.

* Karlsruhe, 4. Nov. In den Wahlcollegien von Berlin ist es sehr stürmisch zugegangen und die Nationalerwählten haben eine gründliche Niederlage erlitten, als sie dem Fortschrittscandidaten Parisius ihren Wortführer Boretius entgegenstellen wollten, der nach dem Ausdruck der Frankf. Btg. von Ersterem „nach allen Regeln der Kunst abgeführt und schließlich von der Versammlung selbst zur Ruhe verwiesen wurde.“ Im Allgemeinen fällt die Frkf. Btg. Angesichts des wüsten Kampfes, der sich in der Hauptstadt des Culturreiches durch alle Wahlversammlungen hindurch entspann, das treffende Urtheil: „Das Niveau politischer Einsicht und Unbefangenheit in der Wählerschaft der Hauptstadt ist stark heruntergegangen. Das wüste nopolery-Geschrei hallte in allen vier Wahlkreisen wieder und noch bornirter war der Fanatismus, wo irgend wie an die sociale Frage gerührt wurde.“ Aber immerhin haben die Berliner trotz ihrem nopolery Lärm eines zu thun keine Lust gehabt: als ihnen der im national servilen Lager thätige Telegraph den Minister Falk als Culturkämpfer zum Abgeordneten vorschlug und Herr Falk auch nicht übel Lust hatte, sich wählen zu lassen, waren sie nicht der Meinung, daß ihre Vertretung in „keine besseren Hände“ gelegt werden könne. Damit aber Niemand diese unsere Behauptung bekriecheln kann, citiren wir wörtlich die Aeußerung der Königlich-badischen Zeitung hierüber: „Bergebens hat man selbst den Minister Falk gegen Parisius in Vorschlag gebracht und hat der Minister auch seine Bereitwilligkeit zur Annahme einer Wahl kundgegeben, die allerdings der Regierung erwünscht sein müßte als bedeutames Zeichen der Uebereinstimmung der öffentlichen Meinung in Preußen mit der Regierung, namentlich in allem, was sie zur Wahrung der Rechte des Staates gegenüber den Ansprüchen der römischen

Curie unternimmt." Also in Berlin trotz allem — durch gefallen!

Im Uebrigen klagt die Kölnische Zeitung, daß die Polemik der Berliner Blätter nur zu häufig in Persönlichkeiten ausarte. Und doch macht dasselbe Blatt auf derselben Spalte der gleichen Nummer für eine Schrift von Dr. Frensdorf: „In Sachen Lamarmoras“ betitelt, Reclame, von welcher es selbst sagt, daß es sich mit Lamarmoras persönlichen Verhältnissen befasse! Natürlich, wenn die Berliner Volkszeitung die national-servilen „Gründer“ persönlich durchgehelt, dann wird über „Persönlichkeiten“ geklagt; wenn aber ein national-serviler Literat, weil er nicht im Stande ist, sachlich etwas gegen Lamarmoras Enthüllungen einzuwenden, den General persönlich angreift, dann verdient das Buch gelobt und gelesen zu werden! Es ist nur, damit das Geschäft blüht, wird die Bad. Landeszeitung sagen! —

Aus Elßaß-Lothringen, 3. Nov. In dem Dörfchen Kessel bei Sient erregt ein grausamer Raubmord peinliches Aufsehen; es wurden dort am 30. v. M. von noch unbekannter Hand Frau und Tochter des Landwirths Cohn, eines braven und allgemein geachteten Mannes, ermordet. Der, resp. die Mörder, bedienten sich zur That eines Pflughackens und benützten zur Ausführung desselben die Abwesenheit des Besitzers Cohn, der sich nach der Abendmahlzeit in Geschäftsangelegenheiten in das Dorf begeben hatte. Der unglückliche Gatte entdeckte zuerst bei seiner Heimkehr die zerstückelten Leichen. Es liegt hier unzweifelhaft ein Raubmord vor, da die Familie sehr wohlhabend war und verschiedene Uhren, Ketten und Geldvorrath vermisst werden. Man ist den Verbrechern noch nicht auf der Spur.

München, 5. Nov. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung die Präsidentenwahl vollzogen. Zum ersten Präsidenten wurde Frhr. v. Stauffenberg gewählt, welcher 76 von 150 abgegebenen Stimmen erhielt, während auf seinen Gegenkandidaten v. Dv 72 Stimmen fielen. Zum zweiten Präsidenten wurde v. Schlör mit 76 Stimmen gewählt; Graf Seinsheim erhielt 73.

* In Hohenzollern sind die Wahlen im Sinne der Centrumpartei ausgefallen: gewählt sind Kreisrichter Kleinsorgen, dem Schreiber dieses schon vom Zollparlament her als ein wackerer Kämpfer bekannt, und Gasthofbesitzer Schmidt.

Mainz, 1. Nov. Der Proceß gegen den Redacteur des „Mainzer Journals“ wegen des offenen Schreibens an den Kaiser nimmt seinen Fortgang. Herr Wasserburg hat die Verantwortlichkeit in vollem Maße übernommen, und jede Antwort auf die Frage nach dem Verfasser verweigert. Die Officiosen bei Ihnen halten den Herrn Bischof für den Verfasser, das hat hier ungemessene Heiterkeit erregt, wo es für Jedermann ein öffentliches Geheimniß ist, daß der Artikel aus der Feder des Herrn Wasserburg stammt, was letzterer auch nirgendwo leugnet; nur dem Untersuchungsrichter sagt er es nicht, nicht etwa aus irgend einer Furcht, sondern weil er der Ansicht ist, es sei ganz gleichgültig, ob er so aus sich selbst raisonnirt, oder ob er im Raisonnement eines Anderen seinen Gedanken gang erblickt und dieses daher sich angeeignet habe. Auf alle Fälle werde er den Artikel zu verantworten wissen. Man ist auf die öffentliche Verhandlung sehr gespannt und hört, daß Herr Wasserburg sich unter Beistand seines Rechtsfreundes persönlich vertheidigen wird. Herr Wasserburg ist selbst Jurist, und wie ich höre, hat der Artikel vor seiner Veröffentlichung namhaften Juristen zur Prüfung vorgelegen, darunter auch solchen, die keineswegs auf ultramontanem Standpunkte stehen. Auch nachträglich haben wir, abgesehen vom Staatsprocurator und vom Untersuchungsrichter, welcher letzterer eigentlich nur vernommen, aber schwerlich eine Ansicht geäußert hat, keinen Juristen getroffen, der etwas Strafbares darin gefunden hätte, und dieser Ansicht ist bereits das Gericht in Münster beigetreten. Hier hatte sich das Gerücht verbreitet, die Rathskammer habe die Verfolgung eingestellt. Das ist aber unrichtig. Die Sache schwebt noch und war noch nicht vor der Rathskammer. (Germ.)

Donn, 31. Oct. Als gestern Morgen und Tags vorher schon, schreibt die „Deutsche Reichszeitg.“, die Kunde rund lief, der Factor der Hauptmannschen Buchdruckerei, Herr Franz Sieger, der, wie allgemein bekannt, wegen Beobachtung des Geschäftsgeheimnisses in Haft gehalten, entlassen würde, regten sich sofort viele Hände des Druckereipersonals, um demselben durch Anbringen von verschiedenen mit Kränzen umgebenen Sinnprüchen und Guirlanden über den Eingängen zu den Räumen der Officin die gebührende Ehre zu erweisen. Der über ein Vierteljahr inhaftirt Gewesene erschien denn auch

gestern Nachmittag unter Begleitung einiger Herren und wurde von seinen ihm sehnlichst erwartenden Angehörigen sowie von den Mitgliedern des Geschäfts und Bekannten beim Eingange ins Haus mit warmem Händedruck empfangen, was ihn sichtlich bis zu Thränen rührte. Nachdem Herr Sieger ein schönes Blumenbouquet in Empfang genommen und von einem Burschen ein Gedicht ihm zu Ehren vorgelesen worden, erzählte derselbe einige Details über die Zeit seiner Haft, welchen Verhörungen er habe Widerstand leisten müssen, welche Schlingen ihm zur Abmöhnung eines Geständnisses gelegt worden u. s. w., wodurch so recht seine Standhaftigkeit und Charakterfestigkeit offenbar wurde. Es konnte Angesichts dessen natürlich nicht ausbleiben, daß die ihn im Kreise dicht Umstehenden ihm zu wiederholten Malen ein enthusiastisches, durch die Räume schallendes Hoch ausbrachten. Erst gegen zehn Uhr trennte sich die Gesellschaft in heiterer Stimmung und mit dem Bewußtsein, Zeuge eines in den Annalen der Justiz vereinzelt dastehenden Falles gewesen zu sein.

Berlin, 3. Nov. Die zweite Vorversammlung der Wahlmänner des vierten Wahlbezirkes fand am Freitag Abend, die dritte und letzte am Sonntag Vormittag 11 Uhr im Locale „Königshöhe“ statt. In diesem Wahlbezirk war auch der „Bischof“ Professor Dr. Reinkens zum Candidaten empfohlen und mit 140 Stimmen unterstützt worden. In der Freitagssitzung sollten nun die angenommenen sechs Candidaten ihre Wahlreden halten, doch hatten Stadtrath Zelle und „Bischof“ Reinkens für die ihnen zuge dachte Candidatur gedankt. Ersterer, weil er bereits im zweiten Wahlbezirk als Candidat aufgestellt sei und sich dort im Falle einer Wahl zur Annahme eines Mandats bereit erklärt habe, und letzterer, weil ihm sein neues Amt so mannigfache Organisationsarbeiten auferlege, daß er sich nicht noch den Landtagsgeschäften unterziehen könne; in seiner früheren Stellung würde er gern dem ihn so ehrenden Rufe gefolgt sein. Herr Magistratssecretär Kupsch theilte mit, daß er mit Mißhandlung bedroht worden sei, wenn er noch ein Wort gegen die Candidatur Dunders spreche. Darauf hielten der Reihe nach Stadtgerichtsrath Dr. Eberly, Buchhändler Franz Dunder und Schriftsteller Hoppe ihre Candidatenreden. Hr. Eberly, der sich für die Uebertragung der politischen und Preßproceße an Geschworenengerichte ausspricht, gab demnachst, wie schon öfter, seinem Widerwillen gegen die Jesuiten kräftigen Ausdruck, um seinen Standpunkt zu den Kirchengesetzen, die der Ueberariff der Geistlichen wegen durchaus nothwendig seien, darzutun. Luther stellt Redner als den Regenerator Deutschlands hin, und dem „protestantischen“ Staate Preußen vindicirt er den Beruf, für die Freiheit der Geister in die Schranken zu treten; der letzte Krieg, durch die Napoleoniden und Jesuiten hervorgerufen, sei darum auch gegen diese, nicht zur Unterdrückung des französischen Volkes geführt worden, und die Regierung habe jetzt ihr Recht durch die Kirchengesetze gekrönt. Er ruft: „Jesuiten wollen wir nicht, sie haben kein Recht zu existiren!“ Den katholischen Geistlichen müsse der Einfluß auf die Kindererziehung genommen, den protestantischen der Widerspruch gegen die Wiederbeirathung Geschiedener beschränkt werden; es sei deshalb die Einführung der obligatorischen Civilehe eine Nothwendigkeit, doch dürfe der Civilact nicht dem Richter übertragen werden, sondern Gemeindebeamten. Das Gemeindeleben müsse überhaupt in einer freiheitlichen Weise ausgebildet werden. Mit Freude begrüße er in dieser Hinsicht die von der Regierung in Aussicht gestellte Vorlage, betreffend die Reform des Vormundschaftswesens. Dieses Gesetz lege aber dem Gemeindebeamten eine große Menge Pflichten auf, deshalb würde er als Abgeordneter dafür zu sorgen bestrebt sein, daß den Gemeinden auch Rechte eingeräumt und die Bau-, Gewerbe- und Marktpolizei an dieselbe übertragen würden. Vor Allem müßte auf den Erlaß eines Unterrichtsgesetzes gedrungen werden, ohne welches alle übrigen Gesetze nur wenig helfen würden. In diesem wäre die Natur in ihre Rechte einzusetzen, dem Studium der Naturgeschichte schon in den Volksschulen Rechnung zu tragen, denn der Naturglaube sei der Sturz des Wunderglaubens. Ferner müsse die allgemeine Wehrpflicht erleichtert und zu diesem Zwecke die Mittelschulen mit der Befugniß ausgerüstet werden, Atteste zum einjährig freiwilligen Dienst auszustellen, damit diese Erleichterung einer viel größeren Anzahl von jungen Männern zugänglich werde, als bisher. Dadurch werde auch der so riesig hohe Militäretat herabgemindert werden können und der enormen Auswanderung mehr Einhalt gethan. Es liege zwar die Gefahr vor, daß Chambord durch die Je-

suiten auf den Thron gebracht und Italien dann angegriffen werde; das dürfte man unsererseits allerdings nicht dulden, denn Italien sei unser Allirter; er sehe jedoch in den Zusammenkünften der Regenten, wie sie jüngst wieder stattgehabt, eine Garantie für die Erhaltung des Friedens und glaube deshalb, es sei auch jetzt schon an eine Erleichterung des Militärdienstes zu denken. Ein Friedensbedürfnis mache sich ja überall geltend; er habe stets das Banner des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts hochgehalten, und verspreche, dies auch ferner zu thun, man möge es ihm nur wieder anvertrauen. (Lebhafte Bravo.) Die an den Redner gerichteten Interpellationen sind im Allgemeinen ohne Belang; sie dienen nur dazu, noch specieller festzustellen, daß Herr Eberly für Trennung der Kirche vom Staate und für confessionlose Schulen, und bezüglich der socialen Frage für internationale Schiedsgerichte ist. Darauf betrat der Abgeordnete Dunder, mit lebhaftem Applaus begrüßt, die Rednertribüne. Derselbe sagt nach der „Volksztg.“:

„Ich will mich darauf beschränken, die maßlosen Angriffe zurückzuweisen, welche in letzter Zeit wider mich erhoben sind. Ein weitverbreitetes Blatt hat meine Widerwahl als ein Bekenntniß Ihres Willens dafür hingestellt, daß die römischen Priester nicht unter dem Staatsgesetz stehen sollten; ich muß diese Insinuation, welche mich zugleich als einen Papisten kennzeichnete, für eine böswillige Verleumdung erklären. Ein fernerer Angriff ist dahin gegen mich erhoben worden, ich hätte angehört, ein Fortschrittsmann zu sein, hätte mich in der kirchlichen, wie in der socialen Frage von der alten Partei losgesagt und durch die Bildung einer eigenen Arbeiterpartei eine Spaltung in der Fortschrittspartei herbeigeführt. Für mein Verhalten gegenüber den Kirchengesetzen hatte ich eine doppelte Rücksicht, einmal die beschworene Verfassung, welche die Religionsfreiheit verbürgte, sodann das Programm der Fortschrittspartei von 1864, welches die Festhaltung und Vervollständigung der Trennung des Staates von der Kirche verlangte. Können Sie es nun einem gewissenhaften Abgeordneten, der erfahren hat, wie unendlich schwierig es ist, irgend welche Erweiterung der Volksrechte in eine Verfassung hineinzubringen, verdienen, wenn er Anstand nimmt, Freiheitsrechte aus der Verfassung hinauszuevidiren? Und wie kann man einen Parteimann des Abfalls von der Partei beschuldigen, wenn er gerade aus Treue für das Parteiprogramm sich einer Regierungsmaßregel widersetzt? Denn ich fürchtete, die Kirchengesetze würden uns von der Erreichung unseres gemeinsamen Zieles: der Trennung des Staates von der Kirche, eher ablenken, während meine politischen Freunde annehmen, die Kirchengesetze werden die Regierung schnell auf den Weg zu derselben führen. Wie darf man nun aber einem Manne, der sich in seinem Gewissen gedrungen fühlt, einen andern Weg zu gehen, wie die Mehrheit seiner politischen Freunde, zu einem Mitglied jener Partei stempeln, die wir alle bekämpfen und die ich in meinem ganzen Leben bekämpft habe. (Beifall.) Stellen Sie mich doch einmal in einem ultramontanen Wahlkreise auf: Sie werden ja dann die Folgen sehen! (Zustimmung.) Wenn ein General im Kriegsrathe überstimmt wird betreffs der Angriffsweise, so ist er wegen dieser seiner abweichenden Meinung noch kein Feind des Vaterlandes, er wird trotzdem seinen Posten ausfüllen im Kampfe, und das werde auch ich thun. (Lebhafte Beifall.) Daß auch Sie der Ansicht sind, daß die Kirchenfrage nicht mit Gensdarmen und Executoren allein zu lösen ist, haben die Interpellationen des heutigen Abends bewiesen. Hätte die Regierung die Aufhebung oder Aenderung des Artikels 24 der Verfassung: „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschule sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen“ vorgeschlagen, so würde ich ihr gewiß nicht entgegengetreten sein. Die Volksschule muß vollständig von der Geistlichkeit emancipirt werden, letztere gehört nicht in das Staatsinstitut der Schule. In dieser Beziehung genügt das Schulaufsichtsgesetz durchaus nicht, denn es gibt der Regierung nur die Berechtigung, in dem einzelnen Falle an die Stelle des geistlichen Schulinspectors einen weltlichen zu stellen, aber es bricht nicht mit dem Principe der geistlichen Schulaufsicht überhaupt. Ein selbstbewußtes Geschlecht kann nur in der confessionlosen Schule erzogen werden, das sich nicht von den Pfaffen am Gängelband führen läßt. Sollten Sie mir die Ehre der Wiederwahl geben, so werde ich den Kampf in diesem Sinne weiter führen; ich werde auch die Regierung auf dem einmal von ihr eingeschlagenen Wege unterstützen, weil wir sie ohne Demüthigung unseres Staates jetzt nicht im Stiche lassen können.“ — Auf eine Interpellation, wie er

sich zu dem avisirten Gesetze über die Ausweisung der Bischöfe verhalten werde, antwortete Hr. Dunder, er müsse sein Urtheil über das angeregte Gesetz bis nach der Vorlage desselben zurückhalten, obwohl er gerade für die Bischöfe die allerwenigsten Sympathien habe.

Der dritte Candidat, Herr Redacteur Hoppe, dankt der Versammlung, daß sie ihn durch seine Aufstellung aus seiner im Stillen wirkenden politischen Thätigkeit (an der „Voss. Ztg.“) hervorgezogen, was er sich als eine große Ehre anrechne. Dagegen erklärt er, daß er dem Vorredner, seinem alten Parteifreunde, mit dem er auch in Bezug auf die Kirchengesetze ein und derselben Meinung sei, keine Concurrenz machen und nur dann ein Mandat annehmen wolle, wenn die Wähler seiner Person den Vorzug gäben. Einem Antrag auf Wiedereröffnung der Candidatenliste wurde nicht zugestimmt, dagegen der Erlaß einer Petition an das Abgeordnetenhaus um Vermehrung der Zahl der Abgeordneten für die Stadt Berlin einstimmig beschlossen. (Germ.)

Berlin, 3. Nov. In Betreff der Sitzungen des Reichstages ist neuerdings, wie officiöserseits verlautet, eine definitive Entscheidung getroffen worden. Nach derselben wird Ende Januar die Auflösung des gegenwärtigen Reichstages erfolgen und die Neuwahlen im Monat Februar vorgenommen werden. Der Reichstag selbst würde dann im Monat März, bis wohin man glaubt, daß die Sitzungen des preussischen Landtages andauern werden, zusammentreten. Unter den Vorlagen, welche dem Reichstage zugehen werden, wird sich auch das Militärgesetz befinden, somit mehrere hervorragende Fußzüggesetze. Da für diese Gesetze eine längere Berathung erforderlich sein würde, so ist man der Meinung, daß dieselben größeren Commissionen zur Vorberathung überwiesen werden, welche, wenn die sonstigen Vorlagen vom Reichstage berathen sind, während der Zeit in Permanenz bleiben, und daß der Reichstag seine Plenarsitzungen selbst bis zum Herbst vertagt. (Germ.)

Berlin, 5. Nov. Das Resultat von 412 Wahlen ist bereits bekannt, aus 20 Wahlkreisen ist noch keine Nachricht eingelaufen. Der liberalen Partei gehören 230 Abgeordnete an; davon sind 128 national-liberal, 57 fortschrittlich, 48 werden schlechthin als liberal bezeichnet. Die Altconservativen haben 20, die Neconservativen 12, die Freiconservativen 39 Abgeordnete durchgesetzt. Der Centrumpartei gehören mindestens 85 Abgeordnete an; den Polen 17. Zwei Abgeordnete werden als Dänen, drei als hannoversche Particularisten bezeichnet. Cultusminister Falk ist sechs Mal gewählt worden (aber nicht in Berlin!), Achenbach zwei Mal, Graf Eulenburg und Delbrück ein Mal.

Braunsberg, 1. Nov. Die „Erm. Volksbl.“ schreiben: „Ein Schuß in's Centrum ist es gewesen, den das katholische Erm. Land am 28. d. M. durch seine Urwähler gethan hat. Das Resultat der bis heute eingelaufenen Berichte lautet so günstig für unsere Partei, daß an der Wahl unserer vier Centrumsmitglieder Briefe, Marquardt (für Braunsberg-Heilsberg) und Borowski, Gajewski (für Allenstein-Rößel) nicht zu zweifeln ist.“

Posen, 3. Nov. Die wahrlich den „Ultramontanen“ wenig geneigte „Spen. Ztg.“ schreibt: „Unser Blatt hat sich gegenüber den Enthüllungen des Domherrn Dulinski sehr reservirt verhalten, so reservirt, daß ein Posener Blatt uns darüber Vorwürfe machte. Der Vorwurf der „Simonie“, den der Domherr gegen den Grafen Ledochowski erhob, schien uns wenig begründet und bei den Anklagen gegen die Verwaltung des Gnesener Domcapitels war uns manches unverständlich. Wir erwähnten daher die Dulinski'schen Actenstücke nur in aller Kürze. Da indes die „Ostdeutsche Zeitung“ einen Brief aus Gnesen veröffentlichte, der angeblich nur „actenmäßig begründete und von Zeugen gerichtlich beschworene Thatsachen“ enthielt, so druckten wir denselben ab, obwohl auch durch diese Veröffentlichung die Unklarheit über die factischen Vorgänge noch nicht gehoben wurde. Jetzt sehen wir, daß unsere Zurückhaltung begründet war. Wir erhalten nämlich auf Grund des Preßgesetzes von Gnesen eine amtliche Zuschrift, aus welcher erhellt, daß die Darstellung der „Ost. Ztg.“ unrichtig ist, und daß speciell das Verfahren gegen den Canonicus Dorzjewski, dessen Schuld völlig erwiesen sein sollte, wegen mangelnden Beweises hat eingestellt werden müssen. Die betreffende Zuschrift der kgl. Staatsanwaltschaft in Gnesen lautet:

Nr. 480 der „Ostdeutschen Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift „Die Pflanzwirtschaft in Gnesen“ eine Correspondenz aus Gnesen vom 24. Oct. c., welche, wie in dem Artikel betont wird, eine actenmäßige Darstellung einer durch

die Staatsanwaltschaft herbeigeführten öffentlichen Verhandlung sein soll.

Jeder, welcher der in Rede stehenden Untersuchung amtlich nahe getreten ist, war bei der Lecture dieser Correspondenz nicht wenig erstaunt über die maßlosen Unrichtigkeiten, welche dieselbe enthält, und welche nur zu geeignet sind, die Schuld, welche die fragliche öffentliche Verhandlung in Wirklichkeit klar gelegt hatte, in gewissem Sinne wieder abzuschwächen.

Jur. Steuer der Wahrheit sei bemerkt, daß Unordnungen in der Kassenverwaltung des hiesigen Domcapitels niemals zur Cognition der unterzeichneten Behörde gelangt sind.

Der Correspondent verwechselt die völlig abgesondert verwalteten und ganz verschiedenen Zwecken dienenden Kassen des hiesigen Domcapitels und des hiesigen erzbischöflichen General-Consiistoriums.

Jur. Steuer der Wahrheit sei ferner bemerkt, daß das Verfahren wider den Metropolitan Canonicus und Official Dorzjewski, so weit es sich um die in jener öffentlichen Verhandlung zur Sprache gebrachten Vorgänge handelt, dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß seit Monaten durch rechtskräftigen Gerichtsbeschluß wegen mangelnden Beweises eingestellt ist, und daß die erwähnte öffentliche Verhandlung keine neuen Thatsachen und Beweismittel ergeben hat, welche zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens führen könnten.

Es kann im öffentlichen Interesse nur dringend wünschenswerth sein, daß der am Schluß der Correspondenz in Aussicht gestellten Fortsetzung „der actenmäßigen Feststellung der Thatsachen“ die Spalten einer wahrheitsliebenden Zeitung verschlossen bleiben.

Gnesen, den 1. November 1873.

Königliche Staatsanwaltschaft.
gez. Pertuhn.

Schwerin, 2. Nov. Der Strom der Auswanderung aus Mecklenburg schwillt immer stärker an. Am 22. und 25. v. M. wurden mit den Hamburger Postdampfschiffen „Cimbria“ und „Bavaria“ 1201 Auswanderer aus Mecklenburg befördert. Die Zahl der in den letzten drei Wochen aus Mecklenburg Ausgewanderten läßt sich auf mehr als 3000 Köpfe veranschlagen.

Ausland.

Wien, 4. Nov. Die beiden Häuser des Reichsrathes hielten heute Eröffnungssitzungen. Im Abgeordnetenhaus übernahm der Alterspräsident d'Elevert den Vorsitz, worauf die anwesenden Mitglieder in ihrer Muttersprache die Angelobung leisteten. Im Herrenhause hielt der Präsident Karl Auersperg eine Ansprache, worin er den Erfolg des in der letzten Session beschlossenen Wahlgesetzes begrüßt, sodann der Weltanschauung gedachte und mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser schloß, in welches die Versammlung begeistert einstimmt.

Wien, 5. Nov., Mittags. Soeben ist der Reichsrath vom Kaiser mit einer Thronrede eröffnet worden. Nachdem der Kaiser die Abgeordneten willkommen geheißen, sagt die Thronrede: Durch die Bildung des Abgeordnetenhauses mittelst unmittelbarer Wahlen hat die Reichsvertretung ihre Selbständigkeit erlangt und ist der Boden geschaffen, auf welchem alle Parteien ihre Ansprüche und Wünsche zu vollem Ausdruck zu bringen vermögen. Die Aufgabe des Reichsrathes ist nunmehr, auf der gewonnenen Grundlage mit weiser Besonnenheit fortzubauen und Hand in Hand mit der Regierung für die Befestigung und Fortbildung dieser verfassungsmäßigen Einrichtung Sorge zu tragen. Auf eine Periode volkwirtschaftlichen Aufschwunges ist einer jener Rückschläge gefolgt, die in Folge einer Ueberschätzung der Kapitalkraft und einer Ueberspannung des Credits von Zeit zu Zeit mit eminenter Gewalt einzutreten pflegen. Die Verfügungen, welche auf Grund des §. 14 des Staatsgrundgesetzes getroffen wurden, um die Gebiete des Handels und der Industrie vor den verderblichen Folgen dieser Erschütterung des Vertrauens möglichst zu bewahren, werden sofort zur verfassungsmäßigen Behandlung mitgetheilt werden. Die Regierung wird zugleich Maßregeln in Vorschlag bringen, welche geeignet erscheinen, das gesunkene Vertrauen zu heben und die ökonomische Thätigkeit vor nachhaltigen Störungen zu bewahren und den wirtschaftlichen Verkehr auf eine gesunde Grundlage zurückzuführen. Um die dringend gebotene Reform der directen Besteuerung durchzuführen, werden vom Reiche Gesetzentwürfe vorgelegt werden; ebenso auf dem Gebiete der indirecten Besteuerung. Der bevorstehende Ablauf des Privilegiums der Nationalbank macht es nothwendig die Aufgabe und Stellung dieses Instituts für die Zukunft zu regeln und in Verbindung hiermit geeignete Maßregeln zu treffen, um die so wichtige Herstellung der Valuta zu erzielen. Die Regierung bereitet ferner Gesetzentwürfe vor betreffs Reform der Actien- und Börsengesetzgebung, Regelung des Gewerbs- und Eisenbahnwesens sowie der Hebung der Urproduction. Entwürfe der Gesetze, welche zur Ausfüllung von Lücken erforderlich sind, die durch die Lösung der mit dem päpstlichen Stuhl geschlossenen Convention in der Gesetzgebung über das Verhältniß zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt entstanden, werden alsbald vorgelegt werden. Der Stand der vereinbarten Arbeit

ten über Reform, sowohl des gesammten Strafrechtes als des gesammten civilrechtlichen Verfahrens und die dadurch bedingte definitive Feststellung der Gerichtsverfassung läßt hoffen, dieses für Sicherung, Vereinfachung und Beschleunigung der Rechtspflege so wichtige Werk zu baldigem Abschluß zu bringen. Ein Gesetzentwurf über Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes wird ebenfalls vorgelegt werden. Die Regierung wird eine Reihe von Gesetzentwürfen einbringen, betreffs Versorgung der Invaliden und Einquartierung, Organisation und Verwendung der Gendarmen. Trotz der Schwierigkeiten, mit welchen die Weltanschauung zu kämpfen hatte, ist die große Unternehmung zu glänzender Reife und Entfaltung gediehen und zu allseitiger Geltung und Anerkennung gelangt. Ihr wohlthätiger Einfluß auf das geistige und wirtschaftliche Leben der Völker, auf Förderung der Cultur, auf Belebung des Erfindungsgeistes und Gewerbefleißes, sowie auf Wertschätzung redlicher Arbeit wird von allen Theilen der Welt dankbar empfunden. Die Besuche, welche Herrscher benachbarter und ferner Reiche während der Weltanschauung erstatteten, haben die Bande der Freundschaft mit diesen Reichen enger geknüpft, die Bürgschaften des Friedens vermehrt und der Stellung der Monarchie im Kreise der Staaten ein erhöhtes Ansehen verliehen. Geehrte Herrn von beiden Häusern des Reichsrathes! Nach wechselvollen Schicksalen und schweren Kämpfen steht Oesterreich, im Innern sich verzügend und nach Außen Achtung gebietend da. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sind die Schranken, welche einer freien Bewegung hemmend entgegenstanden, beseitigt, und die Wege betreten, welche zur Lösung der großen Aufgabe führen, zur Einigung der Völker Oesterreichs zu einem mächtigen, von den Ideen des Rechtes und der Freiheit getragenen Staate. An dieser Aufgabe lassen Sie uns, geehrte Herrn, getreu meinem Wahlspruche mit vereinten Kräften arbeiten und unsere Bemühungen einmüthigen Sinnes verbinden, zur Ehre und zum Heil unseres geliebten Oesterreichs!

Wien, 5. Nov. Die Regierung hat gestern Abend eine Anzahl katholischer Pfarrämter neu besetzt. Im Jura herrscht vollständige Ruhe.

Paris, 5. Nov. Der Präsident der Republik wird die Botschaft in eigener Person verlesen. Changanier bringt auf der Tribüne den Antrag ein, es soll Mac Mahon für 10 Jahre zum Präsidenten ernannt werden; es seien die constitutionellen Gesetze zu entwerfen und eine Dreißigercommission einzusetzen. Die bonapartistische Coalition ist nicht gegen die Wiederwahl des Bureau's, will aber nur eine Wächterverlängerung von 3 statt von 10 Jahren für Mac Mahon.

Trianon, 4. Nov. Procès Bazaine. Oberst Stoffel beendet heute seine Aussage und sagt mit Bezug auf den Berichterstatter: Er empfinde für ihn nur Verachtung und Geringschätzung und theile darin die Gefühle der ganzen Armee. Der Präsident versucht ihn am weiteren Sprechen zu verhindern und verweist ihn in den Zeugenstuhl. Nach einer kurzen Suspension der Sitzung fragt der Präsident den Obersten, ob er die vorher gesprochenen Worte zurückziehen wolle. Da Stoffel dies verweigert, läßt der Präsident über den Zwischenfall ein Protocoll aufnehmen, welches dem Divisionscommandanten geschickt werden soll, der sich damit competentenfalls zu befassen haben wird. Nach einer neuen Vernehmung der Agenten Rabasse und Wies, welche bestätigen, dem Obersten Stoffel Depeschen übergeben zu haben und neuen Antworten Stoffel's, welcher zugibt, Depeschen erhalten, aber ohne sie zu beachten, zur Seite gelegt zu haben, erklärt der Regierungskommissär, daß er sich vorbehalte, gegen Stoffel wegen Entwendung von Depeschen eine Untersuchung einzuleiten.

Ettenheim, 5. Nov. (Telegramm.) Edelmann gewählt. (Wiederholt, weil nur in einem Theil der gestrigen Auflage enthalten.)

Mannheim, 3. Nov. Weizen und Roggen fest, Oel und Petroleum unverändert. Weizen, hiesiger 18 fl., russischer 17 1/2 - 5 fl., norddeutscher 17 1/2 - 18 fl., amerikanischer 17 1/2 - 3/4 fl., Roggen französischer 13 3/4 - 14 fl., russischer 12 1/4 bis 1/2 fl. Gerste, hiesiger 13 1/2 fl., französischer 13 3/4 bis 14 fl., württembergische - fl., ungarische - fl., Hafer effect. neuer 9 1/2 - 10 1/2 fl., Hafer, alter - fl. Kernen 19 fl. Rohreis, ungarischer 17 fl., deutscher 16 1/2 fl. Bohnen 15 - 1/2 fl. per 100 Kilo. Kleesamen, deutscher I. 27 fl., deutscher II. - fl., Luzerne 27 - 28 fl., Espartette - fl. Weizen 22 1/4 fl., saßweise 20 fl. Branntwein 50° Tralles 50 L. Petroleum 10 1/4 fl., saßweise 10 fl. per 50 Kilo mit Faß. Weizenmehl per 100 Kilo mit Sack: Nr. 0 30 fl. 40 fr., Nr. 1 27 fl. 40 fr., Nr. 2 24 fl. 10 fr., Nr. 3 23 fl. 10 fr., Nr. 4 19 fl. Roggenmehl Nr. 0 21 fl. - tr., Nr. 1 19 fl. 30 fr.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Bekanntmachung.

Nr. 6967. Nach Beschluß großh. Bezirksamts vom 3. d. M., Nr. 5918, die Maßregeln gegen die Cholera betr., ist das Abhalten der Märkte hier nicht mehr gehindert.

Die Vieh- und Krämermärkte werden deshalb wieder regelmäßig wie in früherer Zeit abgehalten.

Ettingen, den 4. November 1873.

Der Gemeinderath.

Ph. Thiebaut.

Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen:

Katholisches Gesang- u. Melodienbuch

zum Gebrauche bei dem öffentlichen Gottesdienste während des ganzen Kirchenjahres.

Ein Auszug aus dem „Gesang- und Melodienbuche für die Erzdiocese Freiburg“ 60 S. in gr. 8. Preis geb. 18, geb. 20 fr. L. Schweiß in Heidelberg.

Den hochw. Herren Geistlichen, welche sich für diese neue Ausgabe wegen Einführung derselben in ihren resp. Gemeinden interessieren, stehen Gratis-Exemplare zu Diensten.

Soeben erschien: Die Erkältungskrankheiten. Ihre Ursachen, Behandlung und Verhütung.

Von Dr. Paul Niemeyer. Preis 36 fr. Enthält eine Radikalkur von Haut-, Muskel-, Nerven-, Glieder-Rheumatismus, Gelenks-, Schnupfen, Katarrh, Geschwollenem Hals, Darm-Katarrh, Durchfall u. s. w. Die Heilmethode des als Autorität bekannten Verfassers dürfte Aufsehen im besten Sinne erregen. Denicke's Verlag in Berlin. Das Buch ist zu haben in Ludwig Schmidt's Buchhandlung in Freiburg u. Douaueschingen.

Anzeige u. Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich hiermit, dem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publicum seine Dienste als

Möbel-Transporteur

sowohl für Umzüge in der Stadt als über Land mittelst seines eigenen auf's Beste eingerichteten Möbelwagens oder per Eisenbahn anzubieten und sichert reelle und möglichst billige Bedienung zu. Achtungsvoll

L. Allgeier, Quersstraße 6.

Allen Kranken und Hilfsbedürftigen

versende ich auf portofreies Anfragen unentgeltlich das Buch **Untrüglige Hilfe und Linderung allen Leidenden.**

E. Berling in Braunschweig. NB. Tausende verdanken diesem Buche ihre Genesung.

Soeben erschien im Verlage des Unterzeichneten und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Freiburg durch die **Literarische Anstalt:**

Muster-Predigten der katholischen Kanzelberedbarkeit Deutschlands

aus der neuen und neuesten Zeit. Gewählt und herausgegeben von **A. Hungari.** Dritte gänzlich umgearbeitete Auflage. Mit bischöflicher Approbation. **Erste Lieferung.** gr. 8. geheftet. Preis: 42 kr. rh.

Das ganze Werk erscheint in sechs Abtheilungen, und zwar: I. Abtheilung: (4 Bände) Predigten auf die Feste des Herrn. II. Abtheilung: (4 Bände) Predigten auf die Festtage Mariä. III. Abtheilung: (10 Bände) Predigten auf alle Sonntage. IV. Abtheilung: (3 Bände) Predigten auf die Feste der Heiligen Gottes. V. Abtheilung: (1 Band) Predigten auf die erste Abendmahlsfeier der Kinder am Weißen Sonntage. VI. Abtheilung: (4 Bände) Gelegenheits-Predigten.

Jede Abtheilung dieser Predigten-Sammlung bildet ein selbstständiges Ganzes und steht es jedem Abnehmer je nach Wunsch frei, nur auf eine Abtheilung zu subscribiren. Zur leichteren Anschaffung und Benützung lassen wir jeden Band (an Sechzig Predigten enthaltend) in vier Hefen à 8 bis 9 Bogen in gr. 8. erscheinen. — Jeden Monat wird ein Heft ausgegeben.

Jede Buchhandlung versendet das erste Heft und Prospectus bereitwilligst zur Aufsicht. Mainz, im October 1873. **Franz Kirchheim.**

Interessante Kirchenmusikalische Novitäten.

Im Verlag von Ant. Böhm & Sohn in Augsburg sind soeben erschienen:

Diebold, Joh., Op. 1. Missa in honorem Sanctae Theresiae, für den gemischten vierstimmigen Gesangchor. Partitur und Stimmen. (Die Gesangstimmen sind im Violinechlüssel geschrieben.)

Der Vereinsbote bringt hierüber folgende günstige Recension von Herrn G. E. Stehle:

„Diese Erstlingsedition eines um die kirchenmusikalische Reform sehr verdienten, strebsamen jungen Mannes verdient die liebevollste Beachtung der Chorregenten, nicht weil, sondern obgleich es als Opus 1 in die Welt hinaustritt. Man ist nämlich manchmal fast versucht, bei Novitätsanzeigen sich durch diese Zahl ein wenig abschrecken zu lassen. Möge dies bei vorliegender Arbeit nicht der Fall sein, denn sie wird aufmerksames Einstudieren und genaue Aufführung bestens lohnen. Ich halte sie für sehr wirksam und klangvoll, höchstens von angehender mittlerer Schwierigkeit, so dass, wenn die schwersten Partien einem aus der Chor-Elite gebildeten Halb-Chor zugewiesen werden, auch mässig geschulte Chöre im Stande sein werden, die Composition mit gutem Erfolg auszuführen.“

Zu beziehen durch alle Buch- & Musikhandlungen.

Fußboden-Tapeten.

Vollständiger Ersatz für Wachstaffet, Drei Viertel billiger als Wachstaffet, Doppelt so dauerhaft wie Wachstaffet.

Dient zur Bekleidung der Fußböden für Salon und Zimmer in Privat-, Bade-, Gast und Gartenhäuser in allen Paquet-Designs. Ebenso zur Trodenlegung feuchter Wände und zur Belegung von Tischen u. s. w. in allen Holzimitationen. Muster auf Verlangen.

Die Niederlage von **E. SOXILET, Wien,** 6.1. II. Nothe Sternengasse 20.

In Anfertigung folgender Drucksachen empfiehlt sich:

Visiten- & Adress-Karten,	Leopold Schweiß	Sämmtliche Impressen für
Rechnungen & Facturen,	BUCHDRUCKEREI	Bürgermeisterämter und
Circulars,	Expedition	Gemeinderechner.
Preis-Courante,	des	für
Statuten & Broschüren.	„Bad. Beobachters“	kathol. Pfarrämter
Avisbriefe,	in	und
Wechselsformulare	Karlsruhe	Stiftungsverwaltungen.
etc.	Adlerstraße Nr. 20.	Fahrpostbegleit-
Lager	Expedition	und
in Wein-Etiquetten	des	Eisenbahnfrachtbriefe.
Wein- & Speisekarten.	„Pfälzer Boten“	Impressen
	in	für Gerichtsvollzieher,
	Heidelberg.	Gefangenwärter & Fahr-
		postconducteure.

Verloofungen.

Wien, 3. Nov. Bei der Gewinnziehung der österr. 500 fl.-Loose von 1860 fielen 300,000 fl. auf Serie 5606 Nr. 14, 50,000 fl. auf S. 2329 Nr. 1, 25,000 fl. auf Serie 16187 Nr. 12, 10,000 fl. auf S. 15145 Nr. 2 und S. 11583 Nr. 10.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag 6. Nov. Viertes Quartal. 117. Abonnements-Vorstellung. **Der Waffenschmied.** Komische Oper in 3 Akten. Musik von Albert Lortzing. Anfang halb 7 Uhr.

Freitag 7. Nov. Viertes Quartal. 119. Abonnements-Vorstellung. **Romeo und Julie.** Trauerspiel in 5 Akten von Shakspere. Romeo: Hr. Urban, vom Stadttheater in Wien, als Gast. Anfang 6 Uhr.

Samstag 8. Nov. Außer Abonnement und mit erhöhten Preisen. Erste Gastdarstellung der Signora Montbelli: **Die Nachtwandlerin.** Oper in drei Akten, nach dem Italienischen. Musik von Bellini. Amine: Signora Montbelli. Anfang halb 7 Uhr.

Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873

ausgehend:

Abgang von Karlsruhe.

Nach Rastatt, Baden, Freiburg u. s.:	1.10*, 6.45, 7.35*, 10.45, 11.40*, 1.45, 2.30*, 5, 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).
Nach Bruchsal und Heidelberg u. s.:	7.10, 9.30, 11.12*, 12.40, 1.40*, 4.55, 3.25*, 8.40, 2.40*.
Nach Pforzheim (Mühlacker):	7.50, 10, 1.20*, 1.45, 5.5, 7.45, 11.50*.
Von Pforzheim nach Karlsruhe:	5.25, 6.40, 6.29*, 9.42, 12.23, 1.29*, 4.48, 9.10.
Nach Mannheim (Rheinthalbahn):	6.10, 9.30, 2, 7.15.
Nach Regau:	6.35, 8.15, 10.45, 2.30, 6.5.

* Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 5. November.

Staatspapiere.	pr. comptant.	Rußland 5% Obligationen v. 1872	93 3/4	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	84 1/2	Finnländer 10-Thlr.-Loose	98 1/2
Preußen 4 1/2% Consol. Oblig.	104 1/2	Belgien 4 1/2% Obligationen	100 1/2	3% do. do.	49	Reininger 7-fl.-Loose	7 1/2
4 1/2% do. do.	97 1/4	Schweden 4 1/2% Oblig. in Thaler	96 1/2	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	83 1/2	W e c h s e l - C o u r s .	
4% do. do.	102 3/4	Schweiz 4 1/2% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	97 1/2	5% do. do. 2. Emiff.	82 1/4	Amsterdam l. S.	98 1/2
Baden 5% Obligationen	102 3/4	4 1/2% Berner Obligationen	97 1/2	5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	81 1/2	Fugsburg	100
4 1/2% do. do.	94 1/2	N.-Amerika 6% Bonds 1882 v. 1862	97 1/2	3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 fr.	60	Berlin	104 1/2
4% do. do. v. 1842	91	6% " 1885 v. 1865	99 1/2	5% Hessische Ludwigsbahn	102 1/2	Bremen	105 1/2
Bayern 4 1/2% Obl. 1856/38. 1. jährl.	100 1/2	5% " 1904 10/40 1864	96 1/4	5% Pfälzische Ludwigsb. (Verb. d.)	75	Brüssel	93 1/4
4 1/2% " (Zins Hagn.)	94	Spanien 3% neue Schuld von 1869	16 1/2	6% Central Pacific, rückz. 1898	—	Hamburg	105 1/2
4% " 1 jährl.	100 1/4	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 fr.	—	6% Pacific Westport, r. 1888 v. 1868	—	Leipzig	105 1/2
Württemberg 5% Obligationen	103 1/4	do. leere.	—	6% südl. Pac. Riff. r. 1888 v. 1869	—	London	118 1/4
4 1/2% do. do.	99 1/2	A ct i e n u n d P r i o r i t ä t e n . .		A n l e h e n s - L o o s e .		Kaisland	—
4% do. do.	—	Badische Bank, 200 Thaler	108	Bayerische 4% Prämien-Anleihe	—	Paris	93 1/2
Kassau 4 1/2% Obligationen	95 1/2	3% Frankfurter Bank, fl. 500	146 1/4	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	108 1/2	Wien	101 1/2
3% do. do.	12	4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	365 1/2	Badische 35-fl.-Loose	66 1/4	G o l d u n d S i l b e r .	
Sachsen 5% do. do.	104	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 fr.	95 1/2	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	21 1/4	St. Friedrichsd'or	fl. 9.58 1/2/59 1/2
Thür. 5% do. do.	—	5% do. Creditactien, fl. 160	213 1/2	Gr. Hessische 50 fl.-Loose	213	Bistolen	9.42—44
Hr. Hessen 5% do. do.	99 1/2	Stuttgarter Bank	85 1/2	25-fl.-Loose	—	Holländ. 10-fl.-St.	9.52—54
4% do. do.	96 1/2	5% Elisabethbahn, fl. 200	21 1/2	4% do. do.	69 1/2	Ducaten	5.34—36
Deferr. 5% Silberrente B. 4 1/2%	64	5% Rudolphsbahn, fl. 200	160	Gr. Hessische 50 fl.-Loose	—	20-Frankenstücke	9.22—23
4% Papierrente B. 4 1/2%	60 1/2	4% Ludwigsb.-Verb. d. E. fl. 500	183 1/4	Deferr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	—	Engl. Sovereigns	11.51—53
do. do.	60 1/2	4 1/2% Bayerische Ostbahn, fl. 200	11 1/2	5% 500 do. do. 1860	83 1/2	Russ. Imperiales	9.42—44
5% Ung. C.-B.-Zul. 1868	63	4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	148 1/2	100 fl.-Loose do. 1864	144	Dollars in Gold	2.26—27
Rußland 5% Oblig. v. 1872	92 1/4	5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	333	Schwedische 10-Thaler-Loose	—		

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.